



## Von den Kindern der Diktatur zu den Eltern der Demokratie

*Auszüge aus dem Vortrag der chilenischen Kulturministerin Paulina Urrutia Fernández anlässlich der Jahreshauptversammlung des deutschen Zentrums des ITI.*

Im Namen des chilenischen Nationalrates für Kunst und Kultur möchte ich mich ganz herzlich für die Einladung des Internationalen Theaterinstituts bedanken.

Ausgehend von Prozessen, die zur Zeit in unserem Land auf politischer und sozialer Ebene stattfinden und die sich in wesentlichen Teilen in der Kulturpolitik widerspiegeln, die wir mit Blick auf den Jahrestag des 200-jährigen Bestehens unserer Republik im Jahr 2010 neu strukturieren, gibt mir diese Einladung die Gelegenheit zu einem Dialog, zu einem Austausch über Kunst und Politik.

Wir sind ein junges Land, neugierig auf unsere Vergangenheit, auf unsere Identität und auf die Welt. Die Kultur mit ihren weit gefächerten und verschiedenartigen Möglichkeiten ist in unserer Geschichte immer Ausdruck dieser Neugier gewesen: Wer sind wir? Wer sind die anderen? Wie hat sich unsere Gesellschaft bis

hierher entwickelt? Im soziopolitischen Schmelztiegel, der unser Land geformt und unsere Identität geprägt hat, waren die Künste immer in irgendeiner Weise Teil des öffentlichen Ausdrucks, wichtig für unser Selbstbild und für das Bild, das wir der Welt nach außen vermitteln wollten.

Anders als man vermuten könnte, sind wir in Chile über eine „Kultur der Versöhnung“, die die ersten demokratischen Regierungen vorantrieben, zu einer „Kultur der Erinnerung“ gekommen, ganz besonders seit 2003, dem Jahr, in dem sich der Militärputsch zum 30. Mal jährte. Seitdem wurde und wird das Thema Erinnerung in seinen unterschiedlichen Ausprägungen behandelt, in Bezug auf die Menschenrechte und in Zusammenhang mit dem 200. Jahrestag der Republik.

Gerade in Bezug auf den Militärputsch haben wir uns bei unzähligen Gelegenheiten gefragt, welche historische Rolle die Künste als Auslöser für politische, künstlerische und soziale Auseinandersetzungen in unserem Land spielten. Eine Studie wies darauf hin, dass das künstlerische Schaffen, das sich zu Zeiten der Militärdiktatur häufig durch eine kritische Position auszeichnete, in den 90er Jahren, nach Einführung der Demokratie, bspw. im Theater just diese kritischen Aspekte entbehrte und sich stattdessen auf eine formale Ästhetik zurückzog. Diese Debatte wird aktuell weitergeführt und gewinnt im Hinblick auf den Jahrestag des 200-jährigen Bestehens der Republik noch an Bedeutung. Die Kultur und die Künste haben für die Chileninnen



V.l.n.r. Ingrid Häußler, Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale); Paulina Marcela Urrutia Fernández; Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz, Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt; Marigen Hornkohl, Botschafterin der Republik Chile

und Chilenen einen ganz besonderen Stellenwert. Nach der traumatischen autoritären Erfahrung haben vier demokratische Regierungen intensiv daran gearbeitet, fundamentale Werte wieder zu festigen und im alltäglichen Leben zu etablieren. Nur so können wir ein soziales Leben führen, das unseren Vorstellungen entspricht, ohne uns eine Weltsicht aufzwingen zu lassen, sondern indem wir unsere kulturelle Verschiedenheit respektieren. In diesem Sinne bekommt das künstlerische Schaffen einen politischen Sinn, der über den Willen und das offenkundige Interesse der Kunstschaffenden hinausgeht.

Die Beziehung zwischen Kunst und Politik gewinnt so neue Aspekte, die weniger die Kunstschaffenden als vielmehr das Publikum, die Rezipienten, betreffen.

In Chile haben die Menschen einen ungleichen Zugang zu künstlerischen und kulturellen Gütern. Deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen die Möglichkeiten des Zugangs zu anspruchsvoller Kunst und Kultur für alle Menschen zu verbessern. Es ist unser politisches Ziel, Hindernisse, die seit jeher historisch bestanden haben, aus dem Weg zu räumen. Aus diesem Grund haben wir eine weit gefasste Aktion ins Leben gerufen, die sich aus folgenden Programmpunkten zusammensetzt:

1. eine lokale, kulturelle Belebung
2. die Leitung und Programmgestaltung innerhalb der Kulturräume
3. die Förderung des Schaffensprozesses und der Heranbildung eines Rezipientenkreises durch spezifische Finanzinstrumente
4. eine starke Schwerpunktsetzung auf die Entwicklung und Verbesserung der kulturellen Infrastruktur.

Jeder einzelne dieser Programmpunkte lebt von der Begegnung und dem Interaktionsrahmen zwischen künstlerischem Schaffensprozess und den Mitbürgern.

Wir haben diesen Auftrag auf nationaler Ebene angenommen mit dem Ziel, unserer Bevölkerung einen breiten Zugang zu kulturellen Veranstaltungen und Einrichtungen zu bieten, ganz besonders in ärmeren und/oder abgelegenen oder schwer zugänglichen Gebieten des Landes, in denen ein nicht unwesentlicher Prozentsatz unserer Bevölkerung lebt.

Konkret schlägt sich das in dezentralistischen Programmen der Ausbildung und Förderung verschiedenster künstlerischer Disziplinen auf regionaler Ebene sowie in der Bildung regionaler Plattformen nieder, die einen starken Widerhall über die Volksfeste „Chile & Kultur“ finden, Feierlichkeiten, bei denen die Menschen nicht allein feiern und genießen, sondern aktiv am kulturellen Leben des Landes Anteil nehmen.

Aus dieser Perspektive bilden Kunst und Kultur einen Spielraum, der die Verbindung zu verschiedenen Bereichen der Ökonomie erlaubt. In diesem Kontext lässt sich ebenfalls die erste Triennale der Visuellen Künste sehen, an deren Vorbereitung und Organisation wir im Moment, auch mit Blick auf den Jahrestag der Republik, arbeiten. Dieses Ereignis erlaubt uns die landesweite Verbreitung von zeitgenössischer Kunst in einem größeren Rahmen, vor dem Hintergrund einer Stadtplanung, in der sich die Kunst in die Lebensräume des täglichen Lebens einfügen und die Erneuerung und Wiedereingliederung alter urbaner Räume in die Vorstellungswelt einer Stadt sichtbar machen soll.

All das sind wichtige Schritte für ein Land, welches das Kunstschaffen 14 Jahre lang hauptsächlich im begrenzten Bereich der Kultur anregte, nun aber seinen

Blick hinwendet zu einer integrativen Politik mit Blick auf die Menschen und die Gesellschaft. Ein Schritt, der auf dem Wissen basiert, dass sich die Menschen über die Kunst und ihre Projektionen in ihrer Gesamtheit entwickeln können und dass der Raum für künstlerischen Ausdruck und kulturelle Manifestation das Zusammenleben verbessert – hin zu einer gerechteren, mannigfaltigen, toleranten und integrierten Gesellschaft.

Ausdruck dieser neuen Sichtweise in unserem Land ist die Möglichkeit der Durchführung von Projekten, die die institutionelle Entwicklung unserer kulturellen Organisationen sowie deren Verbesserung auf der Leitungsebene sichern, um so unserer Gesellschaft neue und bessere kulturelle Einrichtungen zur Verfügung stellen zu können.

Wir haben damit als Staat einen wesentlichen Beitrag zu einem Kunstschaffen geleistet, das alle Möglichkeiten hat, die Zeit zu überdauern, nicht weil dies forciert und erzwungen wird, sondern gemessen allein an der Wahrnehmung des Publikums.

In diesen Zusammenhang lässt sich auch das Bestreben des chilenischen Staates einordnen, mit seinen iberamerikanischen Partnern eine Einigung zu erzielen, um das Programm IBERESCENA Realität werden zu lassen – ein Programm zur Unterstützung von Koproduktionen, des Austauschs und der Entwicklung der szenischen Künste, mit dessen Hilfe iberamerikanisch geprägte Werke entstehen können.

Auf dem lokalen Sektor muss unbedingt der Autorenwettbewerb „Muestra de Dramaturgia Nacional“ erwähnt werden, eine Initiative des Nationalrates für Kunst und Kultur. Seit mehr als 10 Jahren wird hier ein Rahmen für Kreation, Forschung und dramaturgische Experimente geschaffen, in dem die Suche nach neuen

stilistischen, ästhetischen, sprachlichen und szenischen Möglichkeiten gefördert wird, die einen wichtigen Stimulus und Beitrag zu unserer nationalen Dramaturgie leisten.

Der Schutz, die Erhaltung, Verteilung und Weitergabe des kulturellen Erbes, sowohl des materiellen als auch des immateriellen, sowie die Rettung der kollektiven Erinnerung sind fundamentale Prinzipien unserer Politik. Sie erfordern ebenfalls eine entscheidende Einflussnahme des Staates, die durch die Präsidentin Michelle Bachelet auf der Basis eines Gesetzentwurfs, über den der Nationalrat für Kunst und Kultur kürzlich informiert wurde, gesetzlich festgeschrieben wird.

Auf diese Weise sieht sich der chilenische Staat in der Lage, mittelfristig zu garantieren, dass die im Moment noch in Umsetzung begriffene Kulturpolitik nicht in einer Rückschau verharrt, sondern genauso in die Zukunft blickt, um in gemeinsamer Anstrengung ein Land aufzubauen, das unseren Vorstellungen entspricht.

Ich habe hier versucht, die Aufgaben und Ziele, die uns in der Gegenwart und in einem Zeitrahmen bis 2010 beschäftigen, zu skizzieren. Teil unseres Entwicklungsprozesses wird dabei auch der Lernprozess sein, der für die Umsetzung und Weiterentwicklung dieser Aufgaben notwendig ist, damit die Ergebnisse Bestand haben. Daher danke ich Ihnen an dieser Stelle noch einmal für diese wertvolle Gelegenheit des Austauschs.

*Paulina Urrutia Fernández,  
Ministerin für Kultur der Republik Chile  
Halle (Saale), 15. April 2007*

*(Übersetzung: ITI Deutschland, Tina Hoffmann)*

## **Stichworte und Notizen zur aktuellen Kulturpolitik der chilenischen Regierung**

**Von Dieter Welke**

### **1. Anmerkungen zur historischen Ausgangslage**

In der Zeit der Militärdiktatur (1973-1989) wurde die chilenische Zivilgesellschaft politisch und organisatorisch stark geschwächt. Die Schwächung war das Ergebnis einer paranoiden Politik, die darauf aus war, jede gesellschaftliche Organisation, die im Stande gewesen wäre, einen oppositionellen Diskurs gegen die Regierungspolitik zu führen, im Keim zu ersticken. Hinzu kam ab dem Jahr 1978 eine extrem neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Diese Umstände

führten dazu, dass die heutige chilenische Gesellschaft sehr individualistisch und wettbewerbsorientiert ist. Sie wurde zudem stark durch den Import ausländischer Kulturmodelle beeinflusst. Im Zuge der extrem auf die Interessen der Privatwirtschaft ausgerichteten Politik der Militärjunta wurden verschiedene gesetzliche Bestimmungen, die kulturelle Aktivitäten begünstigten, abgeschafft. Erst 1991, zwei Jahre nach Ende der Diktatur, hat der chilenische Staat wieder Subventions- und Stiftungsmechanismen für die Entwicklung der Buch- und Filmindustrie, der Musik sowie der darstellenden und bildenden Künste eingeführt.

Aus diesem Grunde war der Anteil der Kulturindustrien an der chilenischen Wirtschaft verhältnismäßig gering. Die Buchindustrie war dabei in der schwierigsten Lage. Kulturproduzenten und Künstler waren untereinander sehr zersplittert und uneins. Es gab keine Aktionsplattform, die gemeinsame Interessen artikuliert. Jede kulturelle Aktivität schien per se in einem Konkurrenzverhältnis mit allen anderen zu stehen. Die chilenische Kulturszene hatte die Logik des deregulierten Marktes stark verinnerlicht.

Diese Ausgangssituation der chilenischen Zivilgesellschaft änderte sich in den 90er Jahren. Zum einen erstarkten die gewerkschaftlichen Organisationen künstlerischer Berufsgruppen, wie etwa die Schauspielergewerkschaft, die sich vehement für eine gesetzliche Regelung der Arbeits- und Anstellungsverhältnisse in den darstellenden Künsten einsetzte. Zum anderen wirkte ab 2001/2002 die Problematik der Verteidigung der kulturellen Vielfalt als Katalysator für den Zusammenschluss von Kulturproduzenten und Künstlern, um gegenüber der Regierung eine gemeinsame Haltung zu entwickeln: Die Herausbildung einer nationalen Koalition für kulturelle Vielfalt.

Die neoliberale Prägung der chilenischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik fand ihren Niederschlag in der chilenischen Verfassung von 1980. Artikel 19, Absatz 2 etablierte die Grundlagen der öffentlichen Wirtschaftsordnung und bestimmte, dass der Staat nicht in diskriminatorischer Weise in jedwede Wirtschaftstätigkeit eingreifen darf. Diese Bestimmung erschwerte von Anfang an die Durchführung von Maßnahmen zur materiellen Förderung der nationalen Kulturproduktion, wie etwa Zugangsregulierungen für audiovisuelle Produkte zum chilenischen Markt (nationale Quotenregelungen für den Schutz der heimischen Film- und Fernsehproduktion), eine Festpreisregelung für die Buchproduktion oder die Durchsetzung einer Befreiung kultureller Produkte und Tätigkeiten von der Mehrwertsteuer.

Bis zum Jahr 2003, in dem unter der Regierung des Präsidenten Ricardo Lagos der Nationalrat für Kunst und Kultur (*Consejo Nacional de la Cultura y de las Artes*) geschaffen wurde, gab es in Chile kein eigenständiges Kultusministerium. Die für Kulturpolitik zuständige Ministerialabteilung war eine Unterabteilung des Erziehungsministeriums. Diese Strukturschwäche der Regierung in kulturellen Fragen ist einer der Gründe, weshalb bei der Aushandlung des Freihandelsvertrags mit den USA 2003 kulturelle Fragen eher eine untergeordnete Rolle spielten. Immerhin erwirkte Chile eine, wenn auch begrenzte, Ausnahmeregelung für den kulturellen Bereich. Diese sieht vor, dass Chile im kulturellen Bereich in anderen Verträgen und Abkommen, etwa in Kooperationsverträgen im audiovisuellen Bereich, Maßnahmen aufrechterhalten und ergreifen kann, die nicht im Einklang mit dem Freihandelsvertrag stehen, vor allem hinsichtlich der Meistbegünstigungsklausel.

Seit 2003 gibt es den Posten eines Staatsministers für Kultur, der in Personalunion Vorsitzender des Nationalrates für Kunst und Kultur ist, jedoch über kein eigenes Kultusministerium verfügt. Der erste Kultusminister war José Weinstein, seine Nachfolgerin wurde 2006 Paulina Urrutia, die von der Präsidentin Michelle Bachelet in die Regierung berufen wurde. Das Gewicht des Staatsministers in der Regierung hängt entscheidend von der Unterstützung durch den Staatspräsidenten und das gesellschaftspolitische Gewicht des neu geschaffenen Nationalen Kulturrates ab. Dies kann als eindeutiges Indiz dafür gewertet werden, dass die Kulturpolitik in der nationalen Regierungspolitik in Zukunft eine stärkere Rolle spielen wird.

Das zivilgesellschaftliche Engagement für die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt war in Chile ausgesprochen

groß. Die chilenische Koalition für kulturelle Vielfalt war eine der ersten nationalen Koalitionen, die sich zur Unterstützung des Konventionsprojekts gebildet hatten. In dieser Koalition ist bis heute ein Großteil der chilenischen Kulturorganisationen vertreten. Paulina Urrutia hat als Vorsitzende der Schauspielergewerkschaft SIDARTE die Arbeit der chilenischen Koalition wesentlich mitgeprägt.

## 2. Schwerpunkte der chilenischen Kulturpolitik auf nationaler Ebene

Wie bereits erwähnt, wurde der Nationalrat für Kunst und Kultur 2003 unter der Regierung von Präsident Lagos geschaffen. Es handelt sich also um eine sehr junge Institution, die im Rahmen einer Politik der „Neuen Institutionalität“ eine Verzahnung der staatlichen Kulturpolitik mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und repräsentativen Organisationen der Kulturschaffenden ermöglichen soll, um so eine möglichst bürgernahe und partizipative Kulturpolitik realisieren zu können. Der Aufgabenbereich des Nationalrats ist sehr weit gespannt. Er reicht von der Unterstützung der Entwicklung im kulturellen und künstlerischen Bereich über die Erhaltung und Verbreitung des kulturellen Erbes der Nation bis hin zur Förderung der Teilnahme der Bürger am kulturellen Leben des Landes. Auf den Aufbau einer Ministerialbürokratie wurde verzichtet.

Die Arbeit des Nationalrates befindet sich noch im Aufbau und Paulina Urrutia ist als Kultusministerin erst seit 2006 im Amt. Ein Hauptschwerpunkt ihrer Arbeit war und ist die materielle Förderung kultureller und künstlerischer Aktivitäten. Insgesamt wurden 400 Projekte im ganzen Land sowie 300 Zugangsprogramme finanziert, weit mehr als in den Jahren zuvor. Diese Förderung soll im Jahre 2007 noch einmal erheblich gesteigert werden. Der Großteil der Fördermittel wird über den Wettbewerb eingereicherter Projekte vergeben. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf der Verbesserung des Zugangs und der Teilhabe am kulturellen Leben.

Das unter dem Vorgänger der Ministerin ins Leben gerufene System der Zirkulation von künstlerischen Ausdrucksformen, von Künstlern und kulturellen Veranstaltungen im ganzen Land, wurde 2006 weitergeführt. In den „Carnavales Culturales“, kulturellen Festveranstaltungen, die zu den emblematischen Aktivitäten des Kulturrates gehören, hatten nach Auskunft des Rates 650.000 Menschen Zugang zu einer Reihe künstlerischer Aktivitäten, kultureller Ausdrucksformen, Vorträgen, Diskussionsforen und kunstpädagogischen Veranstaltungen. Dies entsprach der Aufgabenstellung des ersten Teils des Programms „Chile & Cultura“.

Eine Priorität der Kulturpolitik in diesem Jahr soll die Schaffung eines Instituts zur Bewahrung und Förderung des kulturellen Erbes (*Instituto del Patrimonio*) sein. Bei der Schaffung einer solchen Institution soll allerdings nicht nur der nationale Kulturrat die Führung übernehmen. Außerdem soll die kulturelle Infrastruktur ausgebaut und konsolidiert werden. Der Regierungsplan sieht den Aufbau einer öffentlichen Bibliothek in jeder

chilenischen Ortsgemeinde sowie die Errichtung eines Kulturzentrums in Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern vor.

In den Bereichen Tanz, Theater, visuelle Künste und Fotografie wird zurzeit ein Entwicklungsplan unter Beteiligung von Vertretern dieser Kunstrichtungen erarbeitet. In den Bereichen Film und Fernsehen wird ebenfalls unter Einbeziehung von Künstlern aus diesen Bereichen ein Dokument zur Förderung und Entwicklung von Medien erarbeitet, das im November 2007 dem Nationalen Kulturrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Ebenfalls vorgesehen ist eine gesetzlich verankerte, grundlegende Neureform des Autorenrechts und des Rechts auf geistiges Eigentum, die der technologischen Entwicklung und den chilenischen Interessen auf dem globalisierten Markt für kulturelle Produkte und Dienstleistungen Rechnung tragen soll. Diese Reform ist wahrscheinlich das schwierigste Projekt der nationalen und internationalen Kulturpolitik der chilenischen Regierung, da sie sowohl den Bereich der Freihandelsverträge, insbesondere den Freihandelsvertrag mit den USA, als auch die internationale Konvention zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt tangieren. Es gilt daran zu erinnern, dass die Konzentration von Autoren- und Urheberrechten in den Händen der internationalen Großkonzerne eine wesentliche Grundlage für die Dominanz der nordamerikanischen, aber auch europäischen Kulturindustrie in Chile wie in ganz Lateinamerika, bildet. Es ist demnach zu erwarten, dass die politische Auseinandersetzung um die Reform des Autoren- und Urheberrechts alles andere als konfliktfrei verlaufen wird.

### 3. Internationale Aspekte der chilenischen Kulturpolitik

Auf internationaler Ebene bemüht sich die chilenische Regierung verstärkt um die Eingliederung des Landes in jene multilateralen Organisationen, die den kulturellen Austausch fördern. Sie steht in permanentem Arbeitskontakt mit den Botschaften der Länder, die mit Chile diplomatische Beziehungen unterhalten. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Beziehungen zu den Nachbarländern, aber auch zu Ländern, die der Problematik der kulturellen Vielfalt in ihrer auswärtigen Kulturpolitik Rechnung tragen.

Zusammen mit der Kulturabteilung des Außenministeriums werden kulturpolitische Initiativen für die Gemeinschaft der Andenstaaten und die Zone des MERCOSUR erarbeitet. Auf der Ebene aller lateinamerikanischen Staaten nimmt Chile am Projekt einer iberamerikanischen Kulturcharta (*Carta Cultural Iberoamericana*) teil. Im Bereich der Bühnenkünste arbeitet man im Moment am Aufbau eines iberamerikanischen Theaterverbunds (*Espacio escénico iberoamericano* / IBERESCENA), der genau wie das entsprechende Medienprojekt IBERMEDIA, von fundamentaler Bedeutung für die Entwicklung des iberamerikanischen Theaters sein soll.

Chile hat in den vergangenen Jahren sehr aktiv an der Schaffung der internationalen Konvention zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt mitgearbeitet. Die Lage der chilenischen Regierung war auf Grund der internationalen Kräfteverhältnisse, insbesondere wegen des politischen Drucks der USA, nicht leicht. Der Verhandlungsprozess hat jedoch zu einer weitgehenden Einigkeit der lateinamerikanischen Staaten geführt, so dass alle Staaten Südamerikas dem Vertragswerk zugestimmt haben. Als wichtigste Errungenschaft der Konvention sieht die chilenische Regierung die Stärkung der nationalen Souveränität im Bereich der Kulturpolitik an.

Die Konzessionen, welche die Regierung der USA gegenüber den kulturpolitischen Vorbehalten Chiles bei der Aushandlung des Freihandelsvertrags machten, entsprachen einer neuen Taktik der US-amerikanischen Diplomatie. Bei traditionellen Schutz- und Fördermaßnahmen der nationalen Kultur zeigten sich die USA konzilianter, im zukunftssträchtigen Bereich der digitalen Netze setzten sie allerdings harte Freihandelsdispositionen durch. Dieser Bereich darf nicht durch nationale Schutz- und Fördermaßnahmen reguliert werden. Diese Disposition des Freihandelsvertrags steht im Widerspruch zum Prinzip der Technologieneutralität, das in die Konvention zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt eingeschrieben wurde.

Dem taktischen Wechsel der US-amerikanischen Außen- und Handelspolitik entsprach auch die Ersetzung der Positivlisten für kulturelle Ausnahmen, wie sie vor allem von Frankreich im Rahmen der WTO-Verhandlungen durchgesetzt wurden, durch entsprechende Negativlisten. Durch dieses System gehen die Vertragspartner Freihandelsverpflichtungen in allen Bereichen der Güter und Dienstleistungen ein. Ausgenommen sind allein diejenigen, die explizit ausgeschlossen werden. Das Resultat eines solchen Mechanismus ist leicht vorstellbar: Die Staaten müssen jeweils ihr Verlangen nach einer Ausnahmeregelung begründen; dies schwächt eindeutig die Verhandlungspositionen in anderen Unterbereichen. Als Konsequenz dieses Taktikwechsels ist die Zahl der Ausnahmeregelungen bereits erheblich gesunken. Staaten, die aufgrund der Schwäche ihrer kulturindustriellen Strukturen auf die Vertretung ihrer eigenen nationalen Interessen weniger gut vorbereitet sind, werden durch ihre spezifische Ausgangsposition besonders benachteiligt. Dies gilt für einen Großteil der Entwicklungsländer.

Es ist zu erwarten, dass die Durchsetzung der Konvention auf erhebliche diplomatische und politische Schwierigkeiten stoßen wird. Wichtig dabei ist es, dass die Gesamtheit der lateinamerikanischen Länder sich zu starken einheitlichen Positionen durchringt, um sich im Kontext der internationalen Kräfteverhältnisse durchsetzen zu können. Dabei können sie nur bedingt auf Unterstützung durch die Länder der Europäischen Union rechnen, da diese ihre eigenen handelspolitischen Ziele verfolgen.

*Gekürzte Fassung;  
Original beim ITI Deutschland erhältlich  
info@iti-germany.de*